

ne**s**

WEIL DIE PERSPEKTIVE
DER MENSCHEN ZÄHLT

CHANCENPLAN
**NACHHALTIGER
AUFSCHWUNG**

SEPTEMBER 2017

Wir Liberalen wollen eine Gesellschaft, die jedem Individuum und der Gesamtheit der Bürger_innen die Chance bietet, ihre Potentiale bestmöglich zu entfalten. Unsere Vision einer freien Chancengesellschaft braucht eine mutige und innovative Politik frei von Klientelinteressen und Blockaden. Nur so können Ideen und Innovationen fruchten und damit nachhaltiges Wachstum ermöglicht werden. Wir alle, Arbeitnehmer_innen, Arbeitgeber_innen, Unternehmer_innen, Pensionist_innen und Menschen in Ausbildung sind Teil dieses Wirtschaftsstandortes. Die Politik hat dafür die optimalen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Der Vorrang von Partikularinteressen gegenüber dem Gemeinwohl und die dadurch ausgelöste Reformunfähigkeit haben dazu geführt, dass Österreich eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten in Europa und eine Staatsverschuldung von über 84 % des Bruttoinlandsprodukts hat. Die Schulden steigen wegen der fortgesetzten verfehlten Budgetpolitik weiter. Österreich ist trotz guter Konjunktur von einem Spitzenplatz ins europäische Mittelfeld abgerutscht und hat eine Arbeitslosenquote von 5,5%.

Auch wenn die Regierung die Probleme erkennt, SPÖ und ÖVP sind Gefangene ihrer Interessensgruppen, insbesondere der Kammern und der Länder und werden/können die notwendigen Reformen nicht umsetzen!

Nachhaltiger Aufschwung steht auf vielen Säulen. Die wichtigsten sind:

- Eine zukunftsorientierte Bildungspolitik.
- Eine effiziente Verwaltung.
- Ausgeglichene Staatsfinanzen.
- Eine weltoffene, proeuropäische Politik.
- Ein gerechtes und leistbares Sozialsystem, das – sozial gestaffelt – den Menschen eine Grundversorgung sichert, ohne sie aus der Eigenverantwortung zu entlassen.
- Eine Gesellschaft, in der Wirtschaft und Unternehmertum nicht schlecht geredet werden und die Bürger_innen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.
- Die Entbürokratisierung und Deregulierung der Wirtschaft.
- Eine leistungsfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik.

Mit den letzten beiden Säulen beschäftigt sich der Chancenplan Nachhaltiger Aufschwung näher.

NEOS sind der Meinung, dass der Staat in Österreich zu stark umverteilt und zwar vor allem von den Bürger_innen zum Staat. Die Steuer- und Abgabenquote von über 43% ist leistungsfeindlich und verhindert jeglichen Vermögensaufbau. Sie ist momentan zur Deckung der zu hohen Verwaltungsausgaben notwendig.

Deshalb muss eine Reform unseres Steuer- und Abgabensystems Hand in Hand gehen, mit einer umfassenden Sozial-, Gesundheits-, Föderalismus- und Verwaltungsreform, im Besonderen der Beseitigung der zahlreichen Doppelgleisigkeiten zwischen Bund und Ländern, gehen.

Zukunft, Chancen & Plan

Entbürokratisierung der Wirtschaft

Den österreichischen Unternehmer_innen stehen eine Vielzahl an Hürden und Vorschriften im Weg. Die Gewerbeordnung ist völlig veraltet und entspricht schon lange nicht mehr den heutigen Anforderungen. Das Arbeits- und Sozialrecht entfernt sich immer weiter von den tatsächlichen Ansprüchen der heutigen Arbeits- und Geschäftswelt. Dies betrifft die Gestaltung der Arbeitszeiten und der Ladenöffnungszeiten sowie Mitarbeiter_innenbeteiligungen.

In Zukunft müssen sich Arbeitswelten und Ladenöffnungszeiten nach Kund_innen, Unternehmer_innen und Arbeitnehmer_innen richten und nicht nach den Forderungen der verkrusteten Sozialpartnerschaft.

Wir fordern:

- Die Neuschreibung der österreichischen Gewerbeordnung:
 - Sie regelt nur mehr den Zugang zum Gewerbe, die Branchen, Befähigungsnachweise, Ausbildungen und Ausbildungsberechtigungen, nicht aber andere Rechtsmaterien.
 - Reduktion der reglementierten Gewerbe. Reglementiert werden nur mehr Gewerbe, die Leib und Leben, Umwelt und Vermögen gefährden können.
 - Für jeden Gewerbetreibenden genügt ein Gewerbeschein und ein Kammerbeitrag. Hoheit über die eigenen Daten für die Bürger_innen.
 - Verpflichtender Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung.
- Ein modernes Betriebsanlagenrecht, das die Genehmigungen zur Erweite-

rung von Produktions- und Arbeitsstätten radikal vereinfacht. Bislang weicht die Praxis stark von der Theorie ab.

- Die Flexibilisierung der Arbeitszeiten. Dies beinhaltet die Schaffung eines Jahresarbeitszeitmodells mit Tagesarbeitszeiten bis zu 12 Stunden. Sonderregelungen auf Basis von Betriebsvereinbarungen müssen möglich sein.
- Maßgeschneiderte Lösungen, die die Bedürfnisse von Arbeitgeber_innen und Arbeitnehmer_innen berücksichtigen. Deshalb werden Betriebsvereinbarungen auf dieselbe Stufe gestellt wie der Kollektivvertrag. Das heißt: wenn das Gesetz dem KV eine Regelungsmöglichkeit einräumt, gilt dies auch für die Betriebsvereinbarung.
- Das Ende von Doppelgleisigkeiten des vom Kompetenzwirrwarrs in vielen Gesetzesmaterien. Dieser führt zwischen Bund, Ländern und Gemeinden häufig zu massiven Verzögerungen, insbesondere für junge Unternehmen. Beispielsweise ist das Baurecht Landessache, die Gewerbeordnung Bundeskompetenz und Umweltfragen gemischte Bund- und Landeskompetenz. Derartige Parallelstrukturen sind teuer und ineffizient! Es ist daher eine klare und einfache Abgrenzung der Zuständigkeiten notwendig.
- Eine Zentralisierung und transparente Gestaltung des Förderwesens. In Österreich gibt es hunderte wenn nicht tausende von verschiedenen Förderungen, die den Steuerzahler in Summe über 20 Milliarden Euro kosten. Dabei ist die Förderlandschaft völlig intransparent, da sich die Länder weigern, Einblick in ihre Fördersysteme zu gewähren. Es kommt daher häufig zu Mehrfachförderungen!
- Dass der Konsumentenschutz nicht zur Entmündigung des Menschen führt! Wir brauchen ein gesundes Maß an Transparenz und Information, die völlige Abnahme jeglicher Eigenverantwortung ist aber kontraproduktiv.
- Die Aufhebung der verfassungsmäßigen Verankerung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern. Die Sozialpartnerschaft in ihrer heutigen Form und die Länder sind die maßgeblichen Reformblockierer der letzten Jahre gewesen. Als liberales „Ceterum Censeo“ sei daher angemerkt, dass die verfassungsmäßige Verankerung der Zwangsmitgliedschaft in den Kammern zum Symbol der Versteinerung der Sozialpartnerschaft und der österreichischen Innenpolitik geworden ist.

Steuern und Abgaben

Österreich leidet nicht nur an der Höhe seiner Steuer- und Abgabenquote von über 43%, sondern auch an der hohen Komplexität und Unübersichtlichkeit dieses Systems.

Eine Änderung des Steuer- und Abgabensystems und eine Senkung der Quote auf maximal 39 % (über 8 Jahre) ist daher das Kernstück eines nachhaltigen Aufschwungs!

Insbesondere die Einkommensteuersätze sind zu hoch und extrem leistungsfeindlich.

Wir sind für eine generelle Senkung der Einkommensteuersätze. Außerdem sollen Ländern und Gemeinden, sofern sich an der Kompetenzlage nichts ändert, einen Teil der Steuern autonom festsetzen und einholen. Dies zeigt sich in folgender Tarifstruktur:

Bemessungsgrundlage in EUR NEOS	Steuersatz Bund NEOS	Zuschläge Bundesländer	Zuschläge Gemeinden	NEOS Tarif	Tarif aktuell
bis 11.800	0	0	0	0	0
11.800 bis 20.800	9	bis zu 5%	bis zu 6%	20	25
20.800 bis 36.000	16	bis zu 5%	bis zu 6%	27	35
36.000 bis 70.000	25	bis zu 5%	bis zu 6%	36	42
70.000 bis 104.000	30	bis zu 5%	bis zu 6%	41	48
104.000 bis 1.100.000	34	bis zu 5%	bis zu 6%	45	50
über 1.100.000	39	bis zu 5%	bis zu 6%	50	55

Wir fordern:

- Die Valorisierung der Steuerstufen und das Ende der kalten Progression.
- Die drastische Senkung der Lohnnebenkosten (Kommunalsteuer, Wohnbauförderung, Teile des FLAF, Kammerbeiträge, U-Bahn-Steuer etc.).
- Die Abschaffung der Mindest-KÖSt.
- Die Streichung der KÖSt auf nicht entnommene Gewinne.
- Die Schaffung von Investitionsanreizen (Degressive Abschreibung, Beteiligungsfreibeträge erhöhen).
- Den Wegfall von Bagatellsteuern wie z.B. NOVA, Versicherungssteuer, Biersteuer, Fremdenverkehrsabgabe, Werbeabgabe, Schaumweinsteuer.
- Keine Substanzbesteuerung (Vermögenssteuer, Erb- und Schenkungssteuer).
- Die steuerliche Gleichbehandlung von Eigenkapital.

Kapitalmarkt

Die Regierungen der letzten Jahre haben den Kapitalmarkt in Österreich sträflich vernachlässigt, ja sogar beschädigt. Ergebnis dieser Politik ist, dass trotz jahrelanger Nullzinspolitik der Anteil der Veranlagungen in Anleihen, Aktien und Investmentfonds nicht gestiegen ist und weit unter dem europäischen Durchschnitt liegt.

Wir wollen die Finanzierung von Eigenkapital wiederbeleben.

Wir fordern:

- Die Reduktion der KESt auf 25%.
- Den Ausbau von Mitarbeiter_innen-Beteiligungen und die steuerliche Erleichterung. Wir wollen das ein Sechstel des Jahresbezuges (mindestens jedoch EUR 5.000) steuer- und abgabenbegünstigt in Form von Geschäftsanteilen ausbezahlt werden kann. Start-Ups können Mitarbeiter_innen am Unternehmen beteiligen, anstatt an starre Kollektivverträge gebunden zu sein.
- Die steuerliche Gleichstellung von privaten Investor_innen und Investmentgesellschaften bei Abschreibungsverlusten und angemessene rechtliche Rahmenbedingungen für Crowdfunding.
- Eine gezielte und verstärkte Finanz- und Wirtschaftsbildung.
- Die Stärkung des Börsenplatzes Wien.
- Die Einführung einer verbindlichen Auskunfts- und Beratungspflicht des Regulators in Kapitalmarktfragen.

Es ist uns bewusst, dass sich die Umsetzung all dieser Maßnahmen über einen längeren Zeitraum erstrecken wird. Es braucht jedoch einen Anfang. Es darf bezweifelt werden, dass die Parteien, die die bisherigen **Reformblockierer** Sozialpartner und Landesregierungen fast zur Gänze kontrollieren, dazu in der Lage sind. Wir geben Antworten und stellen Lösungen vor.